

litären Systeme werden – entgegen der Absicht des Herausgebers – nur für Deutschland, Japan und Italien am Rande erwähnt; im übrigen wird deren Kenntnis vorausgesetzt. Ebenso wird die Rolle der Gewerkschaften nur für England (*J. Dhondt*) und Deutschland untersucht, wobei *R. Wagenführ* und *W. Voss* zur deutschen Situation lediglich die Entstehungsgeschichte des WTB-Planes referieren.

Claus-Dieter Krohn

Gerhard Ziemer, *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik*, Seewald Verlag, Stuttgart 1971, 256 S., Ln., 22 DM.

Ein Mann der Praxis – Gerhard Ziemer war Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und nach dem 2. Weltkrieg geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank – unternimmt mit der vorliegenden Darstellung den Versuch, währungspolitische »Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik« zu ziehen. Auf der Grundlage der inzwischen wohl allgemein anerkannten These vom Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und politischem (Wahl-)Verhalten der Betroffenen (S. 62) schlägt Ziemer in seiner Untersuchung den Bogen von der Inflationszeit zur Weltwirtschaftskrise. Deutlich führt er dem Leser vor Augen, daß von den 14 Jahren, die die Weimarer Republik bestand, allein 9 Jahre durch Währungskrisen belastet waren; damit korrigiert Ziemer zu Recht die Ansichten auch mancher Historiker, die die Inflationszeit nur auf die Jahre ihres Höhepunkts beschränken, ohne den bereits seit Kriegsende beschleunigten Prozeß der Geldentwertung zu berücksichtigen. Insbesondere die Tatsache, daß auch nach Beendigung der Inflation eine (selbst-)kritische Aufarbeitung der Politik von Reichsregierung wie Reichsbank ausgeblieben ist, wird von Ziemer als eine wesentliche Ursache für das Versagen der Politiker in der Weltwirtschaftskrise hervorgehoben (S. 64, 224). Nicht zu Unrecht weist Ziemer darauf hin, daß gerade das Fehlen eines währungspolitischen Lernprozesses, den die Inflation hätte einleiten können und müssen, dazu beitrug, in der Weltwirtschaftskrise eine erfolgversprechende Politik der Krisenbekämpfung zu blockieren.

Die weitestgehende Hilflosigkeit von Regierungen wie Parteien gegenüber der Weltwirtschaftskrise wird von Ziemer scharf kritisiert. Ohne Zweifel trifft die Ansicht Ziemers zu, daß den mangelnden währungspolitischen Kenntnissen und der fehlenden Bereitschaft, von den konjunkturpolitischen »Reformern« zu lernen, das Festhalten an einer die Krise verschärfenden Deflationspolitik entsprach; zuzustimmen ist Ziemer ebenfalls, wenn er die These vom Primat der Außenpolitik, d. h. der Reparationsfrage, die zur Rechtfertigung vor allem der Politik Brünnings dienen soll, als wirtschaftlich wie sozial unverantwortlich und damit als eine Voraussetzung des nationalsozialistischen Wahlerfolgs kennzeichnet. So richtig jedoch Ziemers Darstellung der verfehlten Regierungspolitik ist, so wenig kann die allein auf die Frage des Nicht-Wissens, aber Besser-Wissen-Könnens abhebende Begründung für dieses Versagen befriedigen. Denn auch wenn Ziemer auf die insbesondere für die Arbeitslosen aus der Krise erwachsenden menschlichen Probleme betont hinweist (S. 167 ff.), so macht er doch kaum die hinter einer Politik des »sozialen Abbaus« stehenden Interessen deutlich. Zwar ist es richtig, daß die Reformer zumeist unorganisiert auftraten (S. 142, 149), doch andererseits hätte sich gerade unter Berücksichtigung der Arbeitsbeschaffungsinitiative des ADGB, die Ziemer durch eine weitgehende Identifizierung der SPD mit den freien Gewerkschaften übergeht (S. 152 f.), die Frage nach der interessenspezifischen Beurteilung einer ansatzweise antizyklischen Konjunkturpolitik stellen müssen. Entsprechend der Vernachlässigung der sozialen und wirtschaftlichen Interessengegensätze, deren Verhärtung die Endphase der Weimarer Republik prägte, konzentriert sich die Kritik Ziemers vorwiegend auf die Haltung der da-

maligen politischen Akteure, deren Versagen als ein Problem des individuellen währungspolitischen Know-how dargestellt wird (S. 130 ff.). Nicht zuletzt aus dieser Perspektive, die das konflikträchtige Problem des staatlichen Interventionismus auf die Frage nach dem individuellen – an den Memoiren nur allzu deutlich abzulesenden (S. 185 ff.) – währungspolitischen Erkenntnisstand reduziert, ergibt sich eine ungewöhnlich optimistische Einschätzung der Möglichkeiten, gegenwärtige wie zukünftige Währungskrisen zu bewältigen (S. 61, 223), die nicht jeder Leser teilen wird.

Dennoch muß hervorgehoben werden, daß Ziemers Untersuchung gerade dank der zahlreichen Querverbindungen, die er zwischen Vergangenheit und Gegenwart zieht, einen auch dem wirtschaftspolitischen Laien verständlichen, dabei innerhalb des abgesteckten Rahmens differenzierten Beitrag zur besseren Erfassung auch der heutigen währungspolitischen Probleme leistet. Angesichts der mangelnden Berücksichtigung der Interessenkonflikte, die sich gerade an der Frage einer aktiven staatlichen Konjunkturpolitik entzündeten, kann jedoch die Vermittlung eines am Beispiel der Weimarer Republik konkretisierten währungspolitischen Grundwissens nicht voll dem Anspruch genügen, »Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik« zu ziehen, bietet Ziemer doch eine letztlich entpolitisierte Lektion – gerade weil er sich primär darauf beschränkt, das Verhalten der führenden Politiker darzustellen.

Michael Schneider

Adolf Kimmel, Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930 bis 1933 (= Abhandlungen zur Kunst-, Musik- und Literaturwissenschaft, Bd. 70), Verlag Bouvier, Bonn 1969, 218 S., kart., 28 DM.

Wilhelm von Schramm, ... sprich vom Frieden, wenn du den Krieg willst. Die psychologischen Offensiven Hitlers gegen die Franzosen 1933 bis 1939. Ein Bericht, Verlag v. Hase & Köhler, Mainz 1973, 208 S., 14,80 DM.

Der letzte Franzose war davon überzeugt, daß der Frieden allein von Deutschland abhing. Entsprechend aufmerksam beobachtete Frankreichs Presse die Weimarer Szenerie und Hitlers Aufstieg. Die Analyse seiner Rezeption in den wichtigsten Blättern der nationalistischen Rechten, der nationalen Mitte und der pazifistischen Linken führt den Ziebura-Schüler Kimmel zum Ergebnis: Auch für Frankreich gilt, daß die Epoche des Nationalsozialismus die Epoche seiner Unterschätzung war.

Frankreichs Fehlurteil hatte geradezu exemplarischen Charakter. Man sah in Hitler lediglich eine Spielart der übrigen revisionistischen deutschen Parteiführer, von denen sich der Chef der NSDAP graduell, nicht prinzipiell unterschied. Lange blieb die NS-Rassenlehre als Fundament der Hitler-Partei unerkannt. Allzu monströs erschien den auf ihre cartesianische Kühle eingebildeten Franzosen die Blut- und Boden-Mystik. Kaum irgendwo ließ Frankreichs Presse den Verdacht laut werden, daß bald der Antisemitismus das Hauptmerkmal der deutschen Innenpolitik sein würde.

Auch Hitlers Persönlichkeit blieb unerkannt. Rechte und Linke sahen in ihm eine Spottfigur. Im Vergleich mit Mussolini hieß es über Hitler: »Il n'a rien d'un chef, ni la volonté, ni finesse, ni force«. Wie Kimmel festgestellt hat, glaubte nahezu die gesamte französische Presse nie so wenig an einen Erfolg Hitlers wie unmittelbar vor der Machtergreifung. Hauptgrund dafür waren tradierte und pauschalisierte Feindbilder, die man über den Rhein projizierte, ohne in ihnen die Realitätsblockaden zu erkennen, zu denen die Beurteilung außerfranzösischer Vorgänge im Spiegel der eigenen Partei-Ideologien zunehmend geführt hatte. Die von Kimmel gebotenen Ansätze einer soziologischen Analyse von bilateraler Außenpolitik im internationalen Kontext heben seine Arbeit über den Rang einer aus Faktenhäufung komponierten Ereignis-Erzählung hinaus.